

**Berichte aus
Stadt
und
Kanton Zürich**



1. Februar 2021

Im Kantonsrat kommt es zur Diskussion über das neue Energiegesetz. Dieses hat folgende Elemente:

- Bei Neubauten dürfen nur noch erneuerbare Energien für die Wärmeerzeugung genutzt werden, die da sind: Wärmepumpen, Fernwärme, Solarthermie und Biogas
- Beim Ersetzen von Heizungen dürfen ebenfalls nur noch klimaneutrale Anlagen eingebaut werden. Diese dürfen, über die ganze Lebensdauer gesehen, nicht mehr als 5 Prozent teurer sein als eine Öl- oder Gasheizung, sonst würde ein Ersatz mit Öl- oder Gas toleriert.
- Elektroheizungen müssen bis 2030 ersetzt sein.
- Bei Neubauten muss künftig ein Teil des Strombedarfs selber produziert werden, sei es mit einer Anlage auf dem eigenen Dach, sei es mit Beteiligung an einer Gemeinschaftsanlage.

Klar, dass die Links- Gründe Seite des Rates diese Elemente des Gesetzes gutheisst, zum Teil würde man gerne noch weiter gehen. Die Rechte, SVP und FDP wollen fast gar keine Massnahmen (SVP) oder aber sehr abgeschwächte Vorschriften. Die Öl-Lobby sprach von einem «radikalen Verbotsgesetz», der Hauseigentümerverband von einem «eigentümerfeindlichen Gesetz». Beide kündigen das Referendum an. Wir werden also über dieses Gesetz abstimmen, wahrscheinlich im September. Dieses Gesetz dürfte die Gestehungskosten bei Neu- und Umbauten (reine Baukosten) verteuern. Hier muss ein Augenmerk daraufgelegt werden, dass nicht die ärmeren Schichten der Bevölkerung am Schluss die Zeche bezahlen muss.

2. Februar 2021

Die Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) wollte den Künstlern unbürokratisch und schnell ein «Ersatzeinkommen» für entgangene Einnahmen pauschal Franken 3840.00 ausbezahlen, was 80% von einem geschätzten Einkommen von Fr. 4800.00 pro Künstler entspricht. Das Bundesamt für Kultur (der Chef ist Bundesrat Berset) hat ein Veto eingelegt mit der Begründung, das Vorgehen entspreche nicht den Bundesgesetzen. Die Künstler*innen dürfen also noch länger auf eine Corona bedingte Unterstützung warten. Ihre Lage ist zum Teil katastrophal.

5. Februar 2021

Auf Grund eines gemeinsamen Vorstosses von Repräsentanten von Mieterverband und Hauseigentümerverband im Gemeinderat beantragt der Stadtrat einen Kredit von 20 Millionen zur Umsetzung des sogenannten Drei-Drittel-Modells. Es handelt sich um eine Drittelung der Mietkosten für jene Gewerbeobjekte wie Restaurants, Läden etc., die wegen Corona geschlossen bleiben müssen. Der Vermieter verzichtet auf einen Drittel der Miete, die Mieterin bezahlt einen Drittel der Miete und die Stadt Zürich bezahlt dem Vermieter den restlichen Drittel.

Beim Kanton geht es um grössere Beträge. Dort handelt es sich um das sogenannte Härtefallprogramm für notleidende Firmen, die wegen Corona ihre Tätigkeiten nicht mehr ausüben können. Vom Bund dürfte der Kanton Zürich etwa 1 Milliarde Franken erhalten, der Kanton wird diese mindestens verdoppeln müssen. Wieder einmal das alte Schema: Gewinne privat – Verluste für den Staat!

Nachdem die Stimmberechtigten vor einem Jahr einen 1.1 Milliarden teuren Tunnel am Rosengarten wuchtig verworfen haben wurde vor Wochenfrist im Gemeinderat vom Stadtrat verlangt, endlich ein Projekt zu präsentieren, das den Rosengarten baumreicher, velofreundlicher und vor allem autoärmer machen soll. Jetzt kommt der freisinnige Gemeinderat, der Jurist Andreas Egli mit einem irrwitzigen und unrealistischen Vorschlag. Er will eine riesige Brücke bauen lassen und zwar vom Ausgang des Tunnels unter dem Bucheggplatz über das Lettenbad und der Limmat hinweg zur Hardturmstrasse. Das Lettenbad, das keine Sonne mehr hätte, müsste man halt verlegen...! Erinnerungen an das unsägliche Y aus den fünfziger Jahren werden wach. Damals hatte man mitten

im Zentrum der Stadt einen Autobahnzusammenschluss geplant. Die Autolobby hat noch nicht aufgegeben!

6. Februar

Regierungsrat Mario Fehr kann es nicht lassen. Dass er sich wohl zu Recht zum Feindbild der JUSO gemausert hat, belegt sein neuester Auftritt. Im Rahmen der Abstimmungskampagne zur Vorlage über die Nennung des Landes, dessen Bürgerrecht ein Delinquent besitzt, hat sich unser Mario gegen die Parole seiner Partei, der SP, entschieden und wirbt für ein Ja. Die SVP-Initiative lehnt er nicht etwa ab, weil dadurch zweierlei Schweizer*innen geschaffen würden, sondern weil das Eruiieren des Migrationshintergrundes administrativ zu aufwändig wäre.

Der Grossverteiler COOP ist eine Genossenschaft, die ihre Wurzeln in der Arbeiter*innenbewegung hat. Davon ist allerdings nichts mehr übriggeblieben. Neuestes Beispiel: Als es darum ging, ein Volksmehr zum Bau eines Getreidesilos am Sihlquai zu erreichen, machte COOP einen Deal mit der Stadt, wonach dafür im Nachbarhaus «Kultur und Wohnen» im Quartier erhalten bleiben sollten. Jetzt, 10 Jahre später, erhalten die 25 Mieter*innen, die recht günstige Wohnungen hatten, die Kündigung. Das Haus soll in ein Labor- und Bürohaus umgebaut werden. Den Bewohner schlägt COOP Ersatzwohnungen vor, die bis zu 4 x teurer sind.

8. Februar

Ein junger Mann aus Guinea mit reicher Sans-Papiers-Erfahrung gründete im März 2020 das Hilfsprojekt «Essen für Alle», das sich zur Aufgabe gemacht hat, den vielen Menschen, die ohne soziales Netz und ohne jegliche Unterstützung in dieser Stadt leben, wöchentlich Lebensmittelpaket abzugeben. Das Hilfsprojekt ist heute integriert in das «Sozialwerk Pfarrer Sieber». Es wurden seither Sachspenden im Werte von über einer Million Franken dem Projekt gestiftet. Heute, mitten Winter, werden 1187 Esspakete abgegeben. Dies ist natürlich nur ein kleiner Teil jener Menschen, die wegen Corona unter die Räder gerieten und von keiner Sozialhilfe profitieren können.

9. Februar

Gestern wurde von einem jungen Mann aus Guinea gesprochen. Er heisst Amine Diare Conde. Er ist 21 Jahre alt und hat unterdessen eine provisorische Aufenthaltsbewilligung B bekommen. An einer per Video abgehaltenen Vollversammlung hat ihn gestern das 1. Mai-Komitee als seinen Hauptredner für die Schlusskundgebung auf dem Sechseläuteplatz bestimmt. Zum Slogan des 1. Mai-Komittees für dieses Jahr wurde der folgende Satz ausgewählt: **Die Zukunft ist Sozialistisch!**

Im Kantonsrat wurden die Einzelheiten zu Regierungsrat Neukomms (Grüne) Klima-Deal beschlossen. Die Klimaallianz von EVP, GLP, Grüne, SP und AL wurde verstärkt durch die MITTE (ex CPO). Die am 1. Februar in diesem Bericht erwähnten Punkt wurden alle mit einer satten Mehrheit angenommen. Die Bremsmanöver des Freisinns und die Verhinderungsversuche der SVP wurden abgeblockt. Aus jenen Kreisen wurde bereits ein Referendum angekündigt.

Im Zürcher Schulhaus Milchbuck sind mehrere Personen auf das mutierte Coronavirus positiv getestet worden. Nun wurde entschieden, dass alle 680 Schüler*innen sowie die 120 Lehr- und Betreuungspersonen sich testen lassen müssen. Es ist dies der erste Massentest an einer öffentlichen Schule.

10. Februar

Das Zürcher Universitätsspital meldet für das Jahr 2020 einen Verlust von 48 Millionen Franken. Begründet wird dies damit, dass das Spital wegen Corona deutlich weniger operieren konnte, da nicht dringliche Interventionen zurückgestellt werden mussten. Interessanter Weise wurden nicht

alle davon später wieder nachgeholt. Persönliche Turbulenzen in der Herzklinik dürften ebenfalls zu einem Rückgang der stationär behandelten Patienten beigetragen haben. Diese Zahlen zeigen einmal mehr, dass das Funktionieren eines Spitäles als gewinnorientierte Wirtschaftseinheit unsinnig ist. Ein Spital ist da, um der Bevölkerung einen Gesundheitsschutz zu ermöglichen, nicht um Gewinn zu machen!

Der Kanton Zürich zählte am 1. Januar 2021 1 551 300 Einwohner*innen oder 1 % mehr als vor Jahresfrist. Im Vorjahr hatte der Zuwachs 1,3 % betragen. Corona bedingte Bremsspuren? Die Stadt Zürich allerdings weist nur einen Zuwachs um 0.4 % aus. Das Limmattal wächst um 2.3% und das Zürcher Unterland um 1.8 %. 29 der 162 Zürcher Gemeinden vermelden rückläufige Bevölkerungszahlen.

11. Februar

In ziemlich genau einem Jahr, am 23. Februar 2022 werden in Zürich Gemeinderat und Stadtrat neu gewählt. Bei der PdA ist man schon eifrig an den ersten Vorbereitungen für die Gemeinderatswahlen. An eine Teilnahme beim Stadtrat denkt wohl niemand, nicht so bei den grösseren Parteien. Der Grünliberale Andreas Hauri hat als erster seinen Hut in den Ring geworfen, wer tritt wieder an. Auch FDP-Streitross Filippo Leutenegger scheint es noch einmal wissen zu wollen, der 68 jährige scheint noch nicht genug zu haben. Auch Michael Baumer (FDP) dürfte sicherlich noch einmal antreten. Eine Überraschung wäre es, wenn die beiden Grünen nicht auch wieder kandidieren würden, Daniel Leupi ist noch nicht im Pensionsalter und Karin Rykart hat erst eine Legislatur hinter sich. Richard Wolff von der AL wäre im Wahljahr bereits 65 Jahre alt. Ein Rücktritt wäre also sehr verständlich. Weniger klar die Situation bei der SP. Bei Corine Mauch und André Odermatt (beide Jahrgang 1960) ist eine Wiederkandidatur noch unklar. Auch Raphael Golta gilt als gesetzt, bei einem Rückzug von Corine Mauch wahrscheinlich auch für das Stadtpräsidium.

12. Februar

Wie berichtet, wollte Regierungsrätin Jacqueline Fehr den Kulturschaffenden unbürokratisch helfen. Vom Bundesamt für Kultur wurde sie zurückgepfiffen, der Bund verweigerte, einen Anteil an diese Hilfen zu bezahlen und erklärte Fehrs Vorgehen für ungesetzlich. Jetzt hat Fehr beim Rechtsprofessor Felix Uhlmann von der Universität Zürich ein Rechtsgutachten bestellt. Dieses bestätigt, dass das neue Covid-Gesetz genügend Spielraum gewähre für ein «stark pauschalisierendes Entschädigungsmodell». Ob dieses Rechtsgutachten das Bundesamt für Kultur wohl zum Nachgeben bringt?

Eine Klage vor dem Verwaltungsgericht durch den ehemaligen Geschäftsführer des Mieter*innenverbandes hat ein Urteil erwirkt, das Ernst Stocker, Regierungsrat des Kantons Zürich zwingt, die Immobilienwerte bei der Besteuerung den heute realen Gegebenheiten anzupassen. Der Steuerwert der Gebäude wurde letztmals im Jahre 2009 festgelegt. Seitdem haben sie die Immobilienpreise etwa verdoppelt. Gemäss bundesrichterlichen Vorgaben sind die Eigenmietwerte zu mindestens 70% des Verkehrswertes zu besteuern. Die Preissteigerungen müssen jetzt bei den Steuerwerten berücksichtigt werden, was höhere Einkommens- aber auch Vermögenssteuern bringen wird.

In September des letzten Jahres hatte Stadtrat Richard Wolff (AL) den versuchsweisen Abbau von 4 auf zwei Spuren auf der Bellerivestrasse, dem Einfallstor der automobilisierten Goldküstenbewohner*innen angekündigt. Dafür waren 2 Velospuren geplant. Jetzt hat er diesen Versuch wieder abgeblasen und das ganze Dossier seiner Kollegin im Stadtrat, der Polizeivorsteherin Karin Rykart übergeben. Diese versucht jetzt, das Projekt neu und möglicherweise in veränderter Form, wieder aufzugleisen.

Die Zürcher Kantonalbank, zu 100% im Besitz des Kantons Zürich, genießt eine Staatsgarantie durch den Kanton. Sie hat ihren Jahresabschluss für das Jahr 2020 präsentiert. Sie weist einen um 2%

höheren Reingewinn von 865 Millionen Franken aus. Sie schüttet eine Dividende von 356 Millionen aus und zusätzlich noch eine Corona-Dividende von 100 Millionen. An diesem Geldsegen partizipieren auch die Gemeinden des Kantons, die einen Drittel der Ausschüttung erhalten, der grosse Rest geht an den Kanton. Während man bei den Grossbanken CS und UBS von massiven Personalabbauprogrammen lesen kann hat die ZKB ihren Personalbestand um 1% aufgestockt.

15. Februar

Am Wochenende gabs wieder eine Corona-Demo. Ca 200 Personen versammelten sich auf dem Münsterhof. Ihr Kennzeichen: Keine Masken. Die Polizei war auch da und hat die meisten Demonstrierenden kontrolliert. Sie dürften verzeigt werden.

Für die Wirtschaft kann die kantonale Finanzdirektion äusserst schnell arbeiten. 808 Gesuche für eine Härtefallentschädigung waren eingegangen. 487 Unternehmen erhalten 103,7 Millionen Franken, grossenteils als nicht rückzahlbare Beiträge. 152 Unternehmen beziehen zusätzlich ein Darlehen. 299 Gesuche wurden abgelehnt, oft weil die Umsatzeinbussen kleiner als die geforderten 50% waren, aber auch, weil die Firmen ihren Sitz gar nicht im Kanton Zürich haben. Bei einer bevorstehenden zweiten Zuteilungsrunden rechnet die Finanzdirektion mit rund 20000 Gesuchstellerinnen. Dafür werde allerdings das Geld nicht reichen, der Bund müsse seinen Beitrag mindestens verdoppeln. Das Geld soll am 16. Februar fliessen, gleich nach Ablauf der Referendumsfrist.

17. Februar

Bei den Bezirksgerichten kommt es zu ersten Verhandlungen über Verstösse gegen die Covid-19 Verordnung des Bundes. Zu Verhandlungen vor dem Gericht kommt es allerdings nur, wenn eine verzeigte Person gegen den Strafbefehl eines Statthalteramtes Einsprache erhebt. Es können sehr verschiedene Verstösse sein: Jemand organisiert ein Tuning-Treffen, erstellt aber kein Schutzkonzept; Jemand trägt seine Maske nicht korrekt und tut dies auch nach Aufforderungen nicht; Jemand wurde positiv getestet und geht während der Isolation zum Bancomaten; Jemand geht nicht in Quarantäne nach der Heimkehr aus einem Risikoland; Eine Sexarbeiterin kommt au einem Risikoland und meldet sich nicht bei den Behörden. Eine grosse Bandbreite von Verstössen! Am häufigsten gebüsst wurde wegen Missachtung des Versammlungsverbotes. Darauf folgen Strafbefehle wegen Maskenverweigerung, dann sind es Betriebe, die kein Schutzkonzept erarbeitet haben. Dabei zeigt sich, dass die Behörden in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich funktionieren. So hat der Bezirk Andelfingen bisher erst 3 Strafbefehle erlassen, so sind es im Bezirk Uster derer 109! Von Rechtsgleichheit kann keine Rede sein. In Dietikon stand nun also eine Filialleiterin eines Supermarktes vor dem Kadi. Ihr wurde vorgeworfen, Gartenartikel, Veloschläuche und Fahrradketten verkauft zu haben. Dabei wäre während des Shutdowns doch nur der Verkauf von «Gütern des täglichen Bedarfs» erlaubt gewesen. Der Richter musste nun feststellen, dass die Covid-19 Verordnung keine genügende rechtliche Grundlage für eine Geld- oder Freiheitssprache biete. Dazu brauche es ein Gesetz. Zudem sei nirgends klar aufgelistet, was zum «tägliche Bedarf» zu zählen sei. Der Richter schreibt: Wie soll man etwas bestrafen, was gar nicht in der Verordnung steht? Die Filialleiterin wurde freigesprochen.

18. Februar

Was mit dem ehemaligen Militärflugplatz Dübendorf geschehene soll, beschäftigt die Geister seit Jahren. Zu Reden gab hauptsächlich das Projekt «Innovationspark Zürich» auf dem Flugfeld. Eine neue Studie von BAK Economics bescheinigt dem Projekt ein grosses Potential. Über die

volkswirtschaftliche Bedeutung des Projektes, das innovative Firmen und universitäre Forschung zusammenbringen will gibt eine neu publizierte Studie des Institutes BAL Economics Auskunft. Die Industrie spielt im Kanton eine vergleichsweise geringe Rolle, beträgt deren Wertschöpfung nur 8%, bei den Hightech-Industrien sogar nur 6%. In der Nordwestschweiz sind diese Werte bis viermal so hoch. In der Schweiz sind die privatwirtschaftlichen Forschungsgelder relativ gering. Das Innovationsparkprojekt, wo universitäre Forschung in die Produktion von marktfähigen Produkten übergeführt werden soll. Insbesondere «Robotics and Mobility», aber auch Produktionstechnologien, bei denen sich die EMPA profiliert. Die direkte Wertschöpfung des Innovationsparkes wird in der Studie auf 1,9 Milliarden Franken geschätzt, auch könnten auf dem Gelände bis zu 10000 Arbeitsplätze entstehen, in der Region weitere 2750. Zum Glück hat der Bundesrat die Pläne für einen Flugplatz für Geschäftsfliegerei beerdigt, das Flugfeld bietet aber gute Chancen für die Entwicklung von Drohnen und autonom fahrenden Fahrzeugen.

Bis wann soll der CO₂-Ausstoss pro Einwohner auf netto null reduziert sein? Das Ziel von Links-Grün war bisher 2030, die Bürgerlichen sprachen von 2040. Nun heisst es in einem Stelleninserat für eine Projektleiterin Gebäudetechnik der städtischen Liegenschaftenverwaltung «Konzept und Umsetzung für Netto Null bis 2040.» Der Freisinn frohlockt.

19. Februar

Umweltvorsteher der Stadt Zürich, Stadtrat Hauri stellt richtig, die Stadt hätte sich bisher weder für 2030 noch 2040 entschieden. Ein Strategiewechsel würde aber sicher nicht per Stelleninserat kommuniziert.

Corona scheint das Wachstum der Stadt Zürich gebremst zu haben. Es musste ein Wanderverlust von 928 Einwohner*innen verzeichnet werden. Dank einem Geburtenüberschuss wuchs die Stadt trotzdem um 728 Personen und zählt heute 434'736 Einwohner*innen.

Die Lobbyverbände für den Strassenverkehr, vom Gewerbeverband über dem Hauseigentümergeverband und dem Automobilclub haben ihre roten Linien in Sachen Spurabbau an der Bellerivestrasse bekanntgegeben: Keine Verminderung der Leistungsfähigkeit der Strasse, sprich keinen Spurabbau!

20. Februar

Im Brunaupark hat die Eigentümerin, die Crédit Suisse allen Mieter*innen gekündigt um einen Neubau zu realisieren. Das Neubauprojekt wird im Moment durch Gerichtsentscheide blockiert, es dürfte irgendeinmal das Bundesgericht entscheiden. Nun haben sich die Vermieter mit dem Mieter*innenverband aussergerichtlich geeinigt: Die Kündigungen werden zurückgezogen, gekündigt werden kann erst beim Vorliegen einer rechtsgültigen Baubewilligung, frühestens aber im Juni 2024.

Man erinnert sich, vor sieben Jahren haben kulturelle Kreise der Stadt die Aktion Hafenkran organisiert. Ein Ungetüm trat eine Reise von der Ostsee bis an die Limmat an und erhitze hier die Gemüter. Die Bürgerlichen brachten im Gemeinderat eine Forderung ein, wonach so etwas nie mehr geschehen dürfe. Nun, heute lässt sich der Präsident von Zürich Tourismus, weiss Gott kein Linker, folgenermassen zitieren: «Der Hafenkran hat in Zürich polarisiert und ein weltweites Echo ausgelöst. Solche PR wäre heute Gold wert.» Wenn's ums Geldverdienen geht, ist sogar eine Hafenkran gut genug!

22. Februar

Nachtrag zum Brunaupark. Dort kann der geplante Neubau noch nicht realisiert werden, weil das Baurekursgericht die erteilte Baubewilligung aufgehoben hat. Begründung: Viele der geplanten

Wohnungen wären zu viel Strassenlärm ausgesetzt. Auch in Oberstrasse liegt ein Projekt einer Baugenossenschaft auf Eis, da auch die Winterthurerstrasse zu viel Lärm produziert. Eine neue Gerichtspraxis lässt von den Baubehörden ausgestellte Ausnahmegewilligungen zum Überschreiten der eidgenössisch definierten Lärmgrenzen nicht mehr zu. Eine sinnvolle Massnahme zur Lösung des Lärmproblems ist die Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Strassen auf 30 km/h. Die Crux dabei: Die VBZ meldet jährlich Mehrkosten von 20 Millionen Franken und eine Zusatzinvestition von 70 Millionen Franken an, die verursacht würden, wenn die gleiche Dichte der Trams aufrecht erhalten bleiben soll. Tempo 30 entwickelt sich zur Glaubensfrage: Links-Grün will, die Bürgerlichen und der Hauseigentümergeverband und die Verkehrslobby speien Gift und Galle! Das Thema wird uns noch öfters beschäftigen.

23. Februar

Im Kanton Zürich leben ungefähr 28000 demenzkranke Menschen. Bis 2040 werden es nach Angaben des Regierungsrates werden bis 2040 ungefähr 50000 Personen sein. Die meisten dieser Kranke leben zu Hause. Pro Person rechnet man mit zwei weiteren Personen, die sich die Betreuung eines Kranken teilen. Die Gesellschaft ist auf diese Herausforderung keinesfalls richtig vorbereitet. Drei verschiedene kantonale Direktionen haben nun eine Stiftung gegründet, deren Ziel es ist «einen Beitrag zu einer Gesellschaft zu leisten, die auf allen Ebenen mit Demenz umgehen kann». Für die Anschubfinanzierung bis ins Jahr 2025 bewilligte der Kantonsrat einen Betrag von 1,5 Millionen Franken. Danach soll sich die neue Plattform über Beiträge von Institutionen und Spenden selber finanzieren. Allerdings dürfte es jetzt schon klar sein, dass diese Eigenfinanzierung eine Wunschtraum der Gesundheitsdirektion ist. Von Links kam der Vorbehalt, dies sei recht eigentlich eine Aufgabe des Staates. Im Hintergrund winkt der alte Konflikt, dass die Pflege von der Krankenkasse und in den Heimen auch teilweise vom Staat übernommen wird, die Betreuung aber eben nicht. Dort sollen wie bisher Familienmitglieder, vor allem Frauen, in die Bresche springen. Unsere Forderung: Pflege und Betreuung gesamtheitlich betrachten und auch gesamtheitlich finanzieren!

Am 7. März stimmen wir im Kanton Zürich über den Einsatz von Detektiven, die «Sozialhilfebetrüger» observieren sollen. Da passt ja eine Idee der SP gut dazu: Es sollen Steuerdetektive geschaffen werden, da Steuerhinterziehung und Steuerbetrug der Staatskasse ein Vielfaches der Verluste einbringen, die vereinzelt Sozialhilfebetrüger verursachen. Es handelt sich um ca. 2-3 Millionen gegen geschätzte 100 Millionen Franken! Natürlich waren alle Bürgerlichen dagegen und versenkten die Motion mit 116:52 stimmen. Zu sagen wäre, dass es sicherlich sinnvoller wäre mehr Steuerkommissäre einzustellen an Stelle von Steuerdetektiven. Aber auch dies hat der bürgerlich dominierte Rat schon mehrfach abgelehnt.

24. Februar

Der Zürcher Zoo ist auch ein Unternehmen, das 2019 43,9 Millionen Franken erwirtschaftete. 17,5 Millionen steuerten die Eintritte bei, Restaurant und Shops brachten 15 Millionen und die Öffentliche Hand (je zur Hälfte die Stadt und der Kanton) beteiligte sich mit 6,7 Millionen. Jetzt erhält der Zoo zur Modernisierung der Anlagen für Menschenaffen, Papageien und Flamingos 7.8 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds des Kantons.

Statt den am 15. Februar angekündigten 20000 Gesuche um eine Härtefallhilfe gingen, nach 800 Gesuchen in der ersten Runde jetzt, in der zweiten Runde, 5500 Gesuche ein. Gefordert werden gesamthaft 1,3 Milliarden Franken, davon 907 Millionen Franken als nicht rückzahlbare Beträge und der Rest mit teilweiser oder ganzer Rückzahlungspflicht. Der Löwenanteil (die genaue Aufteilung zwischen Kanton und Bund ist noch nicht ausgeasst) wird vom Bund übernommen. Der Kanton hat bisher 220 Millionen Franken beschlossen und wird jetzt einen Nachtragskredit in der Höhe eines tiefen, einstelligen Millionenbetrages beantragen.

25. Februar

Gleich gegenüber dem Restaurant Markthalle beim Viadukt plant eine Anlagestiftung für die berufliche Vorsorge aus dem Kanton Schwyz ein Hochhaus von 780 Metern Höhe. In dieser Hochhauszone sind Häuser bis zu 40 Metern erlaubt. Also braucht es einen Gestaltungsplan, der vom Gemeinderat bewilligt werden muss und dem fakultativen Referendum unterliegt. Zum Mehrwertausgleich, der das Höherbaurecht kompensieren sollen 30 bis 40 Wohnungen von den geplanten 170 Wohnungen als gemeinnützige Wohnungen gebaut werden. Das sind im besten Fall 23,5%! Auf diese Weise dauert es bis zum Sankt Nimmerleinstag, bis das Ziel von 33% gemeinnütziger Wohnungen bis ins Jahr 2050 erreicht wird. Allenfalls müssen wir diesen Gestaltungsplan anfechten.

Am 2. Februar berichteten wir vom Veto des Bundesamtes für Kultur gegen den Plan von Regierungsrätin Jacqueline Fehr, den Kulturschaffenden unbürokratisch rasch Unterstützung zukommen zu lassen. Jetzt haben die Kulturbürokraten eingesehen, dass die aktuelle Gesetzeslage eine solche Unterstützung durchaus zulässt, dass es nur eine vom Bundesrat in eigener Kompetenz zu erlassende Verordnung braucht. Die Kulturschaffenden können wieder hoffen...

26. Februar

Bis Ende der Neunziger-Jahre wurde in der Firma Maag- Zahnräder und -Maschinen AG industriell produziert. Unterdessen ist von diesem Industriebetrieb nur noch der Grund und Boden von grossem Wert, liegt er doch mitten im aufstrebenden Quartier Zürich West beim Bahnhof Hardbrücke. In unmittelbarer Nähe befindet sich der Prime Tower, das höchste Gebäude der Stadt Zürich. Besitzer der Liegenschaft ist der Immobilienkonzern Swiss Prime Site (SPS). Dieser hat an seiner Jahrespressekonferenz neben den trotz Krise sehr guten Zahlen für das Jahr 2020 auch ein Neubauprojekt für das Maag-Areal präsentiert. An Stelle der Maag-Event-Halle, die vormals über 300'000 Besucher empfangen hat, und der provisorischen Tonhalle, einem Meisterwerk der Akustik, soll ein Hochhaus mit Wohnungen und ein Gebäude in Normalhöhe, das als Kulturhaus für verschiedene Nutzungen dienen soll, entstehen. Die Tonhalle wird leider abgerissen, aber die 10 Millionen Franken teure Holzkonstruktion, die für die ausgezeichnete Akustik verantwortlich ist, soll von der zukünftigen Maag-Halle übernommen werden um dort Lichtshows durchzuführen. Nachdem sich bereit der Regierungsrat negativ über die geplante City-Card in der Stadt Zürich geäußert hat, meint nun auch der Bundesrat, eine solche Card sei gesetzeswidrig und rechtlich nicht verbindlich. Es gibt aber auch Rechtsgutachten, die einer solchen City-Card positiv gegenüberstehen. Wir werden die Entwicklung dieses Projektes nahe begleiten.

27. Februar

Die Stadtratswahlen 2022 nehme Gestalt an. Der AL-Vertreter im Stadtrat, Richi Wolff, tritt bei den Erneuerungswahlen nicht mehr an.